

(Abg. Dr. Mangler.)

(A) Meine Herren! Die mögen sich schön gefreut haben, daß sie den Gemeindevorstand so hinter's Licht geführt haben!

(Weiterkeit.)

Ich führe das nicht zu dem Zwecke an, um den Behörden irgend welchen Vorwurf zu machen, ich will Ihnen nur gezeigt haben, wie es tatsächlich im Leben zugeht und gemacht wird.

Und, meine Herren, ich habe z. B. auch in einer anderen Zeitung gelesen, daß sogar die Charandter Forstrevierverwaltung im Sommer 1911 die Königl. Staatswaldungen in Hintergersdorf zu einer sozialdemokratischen Jugendfestlichkeit zur Verfügung gestellt hat, woran 700 Personen und 2 Trommler- und Pfeiferabteilungen teilnahmen.

(Weiterkeit.)

Man hatte dem betreffenden Revierverwalter auch solche Worte gesagt: Wir sind fröhliche Sangesbrüder, lustige Kumpane, wir sind ein Bildungsverein. Daß gelegentlich auf einem solchen Ausflug auch einmal keine Politik gemacht wird, das gebe ich zu, aber trotzdem sind und bleiben es Organisationen Ihrer Partei, die die Aufgabe haben, die Zwecke Ihrer Partei zu fördern.

(B) Meine Herren! Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mit meinem Antrage, der darauf hinausläuft, der Königl. Staatsregierung die Auflösung aller proletarischen Jugendorganisationen zu empfehlen und rücksichtslos von den Machtmitteln des Staates Gebrauch zu machen, den Finger an eine bedenkliche Stelle gelegt habe. Ich weiß, daß mir von seiten der Sozialdemokratie natürlich die ödeste Scharfmacherei vorgeworfen wird, und auf der anderen Seite wird mir die Königl. Staatsregierung erklären: Ja, so eine rigorose Haltung ist unverträglich mit der für die Regierung maßgebenden Parität, und sie ist außerdem unnütz. Meine Herren! Was die Sozialdemokratie darüber denkt, muß uns vollkommen gleichgültig sein. Ich bin der Meinung, daß wir hier im Saale doch bei alledem, was uns trennt, einig sein müßten und einig sein könnten in dem gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie, und ich glaube, Sie können meinem Antrage mit zustimmen, der eben dahin geht, rücksichtslos und energisch von den Machtmitteln des Staates Gebrauch zu machen, wenn es sich darum handelt, sozialdemokratische Übergriffe abzuwehren. Es handelt sich tatsächlich für uns um ein reines Abwehrproblem. Wir sind in der Verteidigungsstellung. Wir greifen damit niemand an.

Wir müssen uns verteidigen. Das hat niemand anders ausgesprochen als der preußische Kultusminister, der am 28. Mai 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte, die Frage der sogenannten roten Jugendbewegung sei jetzt in das Stadium des reinen Abwehrproblems gelangt. Und, meine Herren, wir müssen uns tatsächlich unserer Haut wehren, wenn wir nicht wollen, daß wir in Bälde in dem roten Meer versinken und ertrinken. Die Sozialdemokratie macht sich auch ernstlich auf ein gesellschaftliches Einschreiten gefaßt. Es hat schon in der „Kreuzzeitung“ in der Nummer vom 28. September 1911 einmal geheißen, daß eine gesetzliche Regelung des Reichs bevorstehe, daß man sich gegen solche Einflüsse in der Richtung wenden wollte, die sich gegen unser Heer und unsere militärischen Bestrebungen richten. Aber leider ist das nur Gerede gewesen. Man hat nicht darauf zu rechnen, daß ein Reichsgesetz zustande kommt, und infolgedessen müssen wir uns in unserem eigenen Lande unserer Haut wehren.

Meine Herren! Was dann die sogenannte Parität anlangt, so bin ich der Meinung, die Regierung sollte sich da nicht scheuen, herzhast an die Frage heranzugehen; denn daß man der Sozialdemokratie gegenüber die Parität nicht gelten zu lassen braucht, dafür führe ich nur das Wort Bebel's vom Magdeburger Parteitage an, (D) wo er gesagt hat:

„Wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der heutigen staatlichen Gesellschaftsordnung, sagt, er erkenne die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht an, so hat er von seinem Standpunkt aus völlig recht.“

Ich will damit den Punkt 1 meines Antrages verlassen, und mich nur noch mit wenigen, tatsächlich ganz wenigen Worten zum Punkte 2 meines Antrages wenden.

Meine Herren! Mein Antrag unter 2 geht dahin, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, zu erwägen, in welcher Weise auf dem Wege der Landesgesetzgebung die vaterländische Erziehung der Fortbildungsschüler besser als bisher sichergestellt werden könne. Ich bitte Sie von vornherein, diesen Antrag an die Schulgesetzgebungsdeputation zu verweisen. Die vaterländische Erziehung unserer Fortbildungsschüler liegt leider in Sachsen infolge der Ausbreitung der Sozialdemokratie tatsächlich etwas im argen. Kein Geringerer als Se. Excellenz der Herr Kultusminister Dr. Beck hat uns das in der Sitzung vom 25. Januar 1910 selbst ausgeführt. Er hat damals folgendes gesagt — es steht in dem Berichte über die Sitzung vom 25. Januar 1910 (Mitt. Zweite Kammer S. 907) —: